



MARIA REHM

CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN
AM BEISPIEL VON DEUTSCHLAND UND POLEN

ARBEITSMIGRATION IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Maria Rehm

**Arbeitsmigration in der
Europäischen Union**

**Chancen und Herausforderungen
am Beispiel von Deutschland und Polen**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Impressum:

Copyright © Studylab 2020

Ein Imprint der GRIN Publishing GmbH, München

Druck und Bindung: Books on Demand GmbH, Norderstedt, Germany

Coverbild: GRIN Publishing GmbH | Freepik.com | Flaticon.com | ei8htz

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|------------|
| Abbildungsverzeichnis | V |
| Tabellenverzeichnis | VI |
| Abkürzungsverzeichnis | VII |
| 1 Einleitung | 1 |
| 2 Historie der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU | 6 |
| 2.1 Zunehmende Integration der nationalen Arbeitsmärkte | 6 |
| 2.2 Entwicklung innereuropäischer Migrationsströme..... | 8 |
| 2.3 Abschottung der „Festung Europa“ nach außen | 15 |
| 3 Konzept und Determinanten von Migration | 20 |
| 3.1 Allokation von Arbeit in offenen Volkswirtschaften | 20 |
| 3.2 Bildung von Migrationsentscheidungen | 25 |
| 4 Auswirkungen von Arbeitsmigration | 30 |
| 4.1 Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung..... | 30 |
| 4.2 Verteilungseffekte auf Sender- und Empfängerländer | 36 |
| 4.3 Persönliche Konsequenzen für Arbeitsmigranten..... | 46 |
| 5 Gegenwärtige Herausforderungen in der EU | 48 |
| 5.1 Der Ländervergleich Deutschland – Polen | 48 |
| 5.2 Wichtigkeit einer dauerhaften wirtschaftlichen Entwicklung | 53 |
| 5.3 Gefahren des demografischen Wandels | 55 |
| 5.4 Arbeitskräftemangel und Mismatch auf dem Arbeitsmarkt..... | 58 |
| 6 Diskussion der Migration zwischen Deutschland und Polen | 62 |
| 6.1 Charakterisierung der Migration | 62 |
| 6.2 Möglichkeiten der Problemlösung..... | 74 |

| | |
|----------------------------------|------------|
| 7 Fazit..... | 85 |
| Literaturverzeichnis..... | 91 |
| Datenverzeichnis | 100 |

Abbildungsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Abbildung 1: Zuwanderung aus dem EU-Ausland im Jahr 2017..... | 7 |
| Abbildung 2: Jährliche Zu- bzw. Abwanderung von Migranten aus dem EU-Ausland nach oder aus Deutschland..... | 9 |
| Abbildung 3: Arbeitsmobilität hinsichtlich Geburtsland ins EU-Ausland (in Tausend).... | 14 |
| Abbildung 4: Migrationsgründe im Jahr 2014; eigene Darstellung..... | 17 |
| Abbildung 5: Migrantenanteil in der Bevölkerung der EU-Staaten im Jahr 2017 | 19 |
| Abbildung 6: Asymmetrischer Schock im Arbeitsmarktdiagramm..... | 23 |
| Abbildung 7: Wohlfahrtsgewinne durch Arbeitsmigration. | 32 |
| Abbildung 8: Lorenzkurve zur Lohnverteilung in Sender- und Empfängerland. | 37 |
| Abbildung 9: Jährlicher Migrationsfluss von Polen nach Deutschland..... | 48 |
| Abbildung 10: Bevölkerungspyramide Deutschlands und Polens im Jahr 2017 | 57 |

Tabellenverzeichnis

| | |
|--|----|
| Tabelle 1: Verteilungseffekte in Sender- und Empfängerland..... | 39 |
| Tabelle 2: Wirtschaftliche Situation Deutschlands und Polens | 51 |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|----------|-------------------------------------|
| AT | Österreich |
| BE | Belgien |
| BG | Bulgarien |
| BIP | Bruttoinlandsprodukt |
| bzw. | beziehungsweise |
| ca. | circa |
| CY | Zypern |
| CZ | Tschechien |
| D | Nachfrage |
| DE | Deutschland |
| Destatis | Statistisches Bundesamt Deutschland |
| d. h. | das heißt |
| DK | Dänemark |
| ebd. | ebenda |
| EE | Estland |
| ES | Spanien |
| EU | Europäische Union |
| EWG | Europäische Wirtschaftsgemeinschaft |
| FI | Finnland |
| FR | Frankreich |
| G | Gleichgewichtspunkt |
| GB | Vereinigtes Königreich |
| GPA | Grenzprodukt der Arbeit |
| GR | Griechenland |
| HR | Kroatien |
| HU | Ungarn |
| IE | Irland |

| | |
|-------|--|
| IT | Italien |
| L | Faktor Arbeit |
| LT | Litauen |
| LU | Luxemburg |
| LV | Lettland |
| Midem | Mercator Forum Migration und Demokratie |
| MT | Malta |
| NL | Niederlande |
| n/a | nicht anwendbar |
| OECD | Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung |
| PL | Polen |
| PT | Portugal |
| RO | Rumänien |
| S. | Seite |
| SE | Schweden |
| SI | Slowenien |
| SK | Slowakei |
| u. a. | unter anderem |
| US(A) | Vereinigte Staaten (von Amerika) |
| usw. | und so weiter |
| vgl. | vergleiche |
| W | Lohn |
| z. B. | zum Beispiel |

1 Einleitung

Die Migration ist neben den stockenden Austrittsverhandlungen Großbritanniens und unterschiedlichen Vorstellungen zur Währungsunion das bedeutsamste Thema, das die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) derzeit bewegt (vgl. Sinn 2016). Insbesondere durch die Flüchtlingskrise ab 2015 entstand eine Diskussion über die Chancen und Herausforderungen, die der massenhafte Ansturm ausländischer Personen erzeugt. Die Zahl der Asylanträge aus Drittstaaten stieg in den EU-Ländern 2015 und 2016 massiv an auf rund 1,3 Millionen Anträge pro Jahr. Obwohl sich das Ausmaß der Antragstellungen im Jahr 2018 wieder halbierte, blieben die Ängste und Sorgen zum Thema Migration in der Gesellschaft und Politik präsent (vgl. Eurostat 2019a).

Mit der umfangreichen Ankunft von Flüchtlingen erstarkten in einer Vielzahl der EU-Mitgliedstaaten rechtspopulistische Parteien. Unabhängig von der geografischen Lage in Europa wird dies sichtbar: Von Geert Wilders' Partij voor de Vrijheid in den Niederlanden, über das Rassemblement National in Frankreich bis zur Alternative für Deutschland – in den Ländern etablierten sich rechte Parteien. In Italien gewann die Lega an Einfluss und in Österreich die Freiheitliche Partei Österreichs. Bis weit in östliche Richtung reicht der Trend mit der polnischen Partei Recht und Gerechtigkeit und der Fidesz in Ungarn (vgl. Midem 2018). Im ersten Moment scheint die Parallele zwischen den Themen Flüchtlingskrise und Rechtspopulismus offensichtlich, auf die sich die rechten Parteien auch häufig berufen. In ihrer Kommunikation beharren sie vehement auf die Abschottung Europas vor fremden Einflüssen zur Wahrung des europäischen Kulturgutes.

Eine Studie vom Mercator Forum Migration und Demokratie (Midem) (ebd.) ergab jedoch, dass der umfangreiche Flüchtlingsstrom nicht der Grund, sondern eher ein Auslöser des Rechtspopulismus war. Demnach habe die Flüchtlingskrise viele Missstände aufgedeckt, die bereits zuvor in den meisten EU-Ländern versteckt unter der Oberfläche bestanden. Die Ausländerfeindlichkeit liege nicht so sehr an der konkreten Menge der Asylanten, sondern vielmehr an der generell durch Migration erzeugten Veränderung der Gesellschaft. Die Migration – egal ob erzwungen oder legal – führt zu einer zunehmenden Kollision unterschiedlicher Kulturen und Religionen. Mit zunehmender Pluralität geht der Verlust eines Zugehörigkeits- und Identitätsgefühls in der Gesellschaft verloren. Besonders in der aktuellen Zeit, die geprägt ist von einer Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich, in der Verteilungsgerechtigkeit für gesellschaftlich abgehängte Bevölkerungsteile unmöglich scheint, schürte dieser Prozess große Ängste. Nicht zuletzt

liefern auch die Medien dazu ihren Beitrag, indem deren Berichterstattung verstärkt diese Tendenzen aufgreift (vgl. ebd.).

Wie sehr die Flüchtlingsdiskussion nur als Vorwand eines tiefer verwurzelten Problems dient, lässt sich sehr gut in einigen osteuropäischen Staaten erkennen. Während Deutschland beispielsweise aktuell über ein Viertel aller Asylantragsteller in der EU aufnimmt, erreichen nur rund 4.000 Personen Polen. Das entspricht in etwa einem halben Prozent des Gesamtaufkommens (vgl. Eurostat 2019a). Dieser verschwindend geringe Teil, der demjenigen der meisten osteuropäischen Staaten entspricht, rechtfertigt bei weitem nicht die entstandene fremdenfeindliche Dynamik. Der Rechtsruck der Gesellschaft kann stattdessen als Ausdruck einer anderen Angst, als derer vor dem massenhaften Zustrom von Flüchtlingen, interpretiert werden. Sie drückt die Vorbehalte gegenüber Veränderungen aus, die im Zusammenhang mit der Freizügigkeit innerhalb der EU entstehen (vgl. Midem 2018). Treffend formuliert dies der bulgarische Politologe Ivan Krastev in der Wochenzeitung *Die Zeit*. Für ihn bedeutet Migration „[...] die Angst, dass zu viele der Unseren gehen.“ (Krastev 2019, S. 13). Die Ambivalenz des europäischen Grundgedankens zeigt sich in den osteuropäischen Mitgliedstaaten ganz deutlich. Einerseits ist man froh über die Möglichkeiten, die die Einbindung in die EU bietet. Investitionen aus anderen Ländern bringen die Volkswirtschaft voran und auf einer individuellen Ebene profitiert jeder Einzelne von der Auswanderungsmöglichkeit in EU-Länder mit besseren Einkommensverhältnissen. Auf landesweiter Ebene erweist sich die Massenabwanderung andererseits als Bedrohung. Es herrscht die Angst einer vollkommenen „Entvölkerung“ (ebd.), wenn man die riesigen Auswanderungsströme vor allem junger Arbeitskräfte beobachtet. Die Mauer, die zu DDR-Zeiten physisch die Migration in den Westen verhindert hat, besteht zwar seit nunmehr 30 Jahren nicht mehr, ein „geistiger Vorhang“ (ebd.), der Europa unterschwellig teilt, zieht sich aber weiterhin durch die EU. Vor allem beim Thema Migration spaltet er Europa (vgl. Krastev 2019).

Die emotional aufgeladene, negative Debatte zum Thema Migration verhindert eine Betonung der ökonomischen Vorteile und der großen zukünftigen Bedeutung der Migration für die EU. Besonders die Arbeitsmobilität ist in diesem Kontext positiv hervorzuheben. Denn es darf nicht vergessen werden, dass große Herausforderungen auf die EU zukommen. In einer digitalisierten und globalisierten Welt mit einer überalternden Bevölkerung, braucht es umfangreiche Maßnahmen, um Arbeitskräftemangel zu verhindern (vgl. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 2019a). Für die dafür notwendige Dis-